

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.06.2022

Inhalt

EWN

1 Atomkraft reloaded <i>DIE WELT, 09.06.2022</i>	3
2 Atomkraft: Finanzminister für “unideologische” Diskussion über AKW-Laufzeiten <i>heise.de, 08.06.2022</i>	4

DIE WELT | 09.06.2022 | S. 7

Auflage: 70.076 | Reichweite: 606.394

Rainer Haubrich

Atomkraft reloaded

Endlich kommt Bewegung in die Debatte um eine Verlängerung der Laufzeit für deutsche Atomkraftwerke. Eine aktuelle Insa-Umfrage für "Bild" ergab, dass 50 Prozent der Deutschen eine Rückkehr zur Erzeugung von Energie mittels Atomkraftwerken hierzulande für sinnvoll halten. 35 Prozent der Befragten lehnen das ab, 15 Prozent machen keine Angaben. Bei den Grünen-Wählern lehnen 63 Prozent die Atomkraft generell ab, bei den Wählern der SPD sind es 49 Prozent. Alle anderen Wählergruppen aber würden eine Rückkehr zur Atomkraft begrüßen. In der letzten Umfrage von Insa zu diesem Thema im Oktober des vergangenen Jahres waren die Lager der Befürworter und Gegner einer Laufzeitverlängerung noch gleich stark. Der Krieg in der Ukraine und die Erkenntnis, dass wir unabhängig werden müssen von russischem Öl und Gas, haben das Meinungsbild verändert.

Immer deutlicher wird, dass der Atomausstieg hierzulande eine Fehlentscheidung war. Während viele Industrieländer im Kampf gegen die globale Erwärmung auf die klimafreundliche Kernkraft setzen, hat sich Deutschland mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Atomkraft etwas vorgenommen, das kaum zu schaffen ist: die Umstellung der Stromversorgung auf Wind und Sonne, während wegen der Energie-

wende der Strombedarf stark steigt. Der Anlass des Ausstiegs, die Tsunami-Katastrophe von Fukushima, zeigt beispielhaft, wie abwegig die Entscheidung war. Selbst die Reaktorkommission der Bundesregierung hatte festgestellt, dass solch ein Ereignis in Deutschland praktisch ausgeschlossen sei. Und ob es in Fukushima überhaupt Todesopfer aufgrund der Strahlung gab oder noch geben wird, ist laut UN zweifelhaft.

FDP-Chef Christian Lindner hat den Ball bereits aufgenommen und sich offen gezeigt für eine Laufzeitverlängerung bei deutschen Atomkraftwerken. Dennoch sei Kernkraft kein "Allheilmittel", der Brennstoff für AKW komme auch "aus problematischen Weltregionen". Aber das ist ja das Dilemma: Kohle ist problematisch, Öl und Gas sind problematisch, und auch Windräder sind problematisch. Es geht darum, Risiken gegeneinander abzuwägen. Und da haben Atomkraftwerke neuester Bauart gute Argumente auf ihrer Seite. Was nicht geht, ist die deutsche Haltung, sich auf Stromlieferungen aus den Nachbarländern zu verlassen und als Weltkind in der Mitten energiepolitisch unschuldig bleiben zu wollen.

rainer.haubrich@welt.de

(mailto:rainer.haubrich@welt.de)

Atomkraft: Finanzminister für “unideologische” Diskussion über AKW-Laufzeiten

Christian Lindner (FDP) zeigt sich offen für Diskussionen über AKW-Laufzeitverlängerungen. Auch der bayerische Ministerpräsident hat sich wieder geäußert.

Bundesfinanzminister und FDP-Chef Christian Lindner zeigt sich offen für eine Diskussion über die Verlängerung der Laufzeiten von deutschen Atomkraftwerken. “Es ist eine Debatte, für die ich offen bin, denn wir müssen unideologisch über Fragen der Energieversorgung sprechen.” Es gehe um Bezahlbarkeit und um die Einsparung von CO₂-Emissionen, da würden viele Menschen neu denken.

Der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat sich ebenso aktuell wieder in die Diskussion eingeschaltet. Via Twitter schrieb er, wegen drohender Stromlücken brauche es neben dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien auch als Sicherheitsreserve bis mindestens Anfang 2024 eine befristete Verlängerung der Atomkraft.

Lindner meinte in der ARD-Fernsehsendung Maischberger, “wir haben sichere Kernkraftwerke, allerdings ist es eine Debatte, die man sich nicht zu einfach machen kann”. Fraglich sei, woher der Brennstoff für die Atomkraftwerke komme, manche Weltregionen nicht unproblematisch. Für die Zukunft hatte Lindner bereits im Januar dieses Jahres der Atomkraft insgesamt eine Absage erteilt.

“Es wäre schädlich, jetzt den Stecker zu ziehen”

Söder erläuterte in einem Tweet, “allein die drei zum Jahresende auslaufenden Kernkraftwerke liefern Strom für 10 Millionen Haushalte”. Es sei zum “Schaden der Bürgerinnen und Bürger, wenn die Bundesregierung jetzt den Stecker zieht”. Das bayerische Umweltministerium und der TÜV Süd hätten bestätigt, dass der sichere Weiterbetrieb möglich sei. Details dazu gab Söder nicht bekannt; die Süddeutsche Zeitung hatte Anfang dieses Monats in Erfahrung gebracht, dass von den Freien Wählern geführte Umweltministerium und der TÜV Süd hätten Gutachten vorliegen, laut denen ein Weiterbetrieb von Isar 2 möglich sei.

In Deutschland sind zurzeit noch drei Atomkraftwerke im Betrieb, Isar 2 in der Nähe von Landshut (Bayern) sowie die Reaktoren im Emsland in Niedersachsen und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa für das Boulevardblatt “Bild” befürworteten 50 Prozent der Befragten, die Atomkraftwerke angesichts der aktuellen Energiekrise länger laufen zu lassen. 35 Prozent wollten dies nicht. Neue AKW bauen lassen wollten 33 Prozent, 53 Prozent sprachen sich dagegen aus.

CDU-Chef Friedrich Merz hatte bereits im Februar 2022 gefordert, ideologiefrei über neue Kernenergie nachzudenken. Dabei hatte er SMR, sogenannte Mini-AKW im Sinn. Das von den Grünen geführte Bundesumweltministerium kommentierte seinerzeit dazu gegenüber heise online: “Gerade wer für sich in Anspruch nimmt, nicht ideologiegetrieben auf Fragen der Energieversorgung zu blicken, muss sich offen und ehrlich den Problemen und ihren Ursachen stellen.” Politische Versäumnisse und Blockaden hätten den Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst, die Atomkraft stecke weiterhin voller ungelöster Probleme. “Atomkraftwerke sind auch nach über sechs Jahrzehnten weiter Hochrisikoanlagen und auf der ganzen Welt ist noch kein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb.”

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat in einem Gutachten den Stand der SMR-Technik untersucht, erläuterte es gegenüber heise online. “Die Technik ist weit entfernt von einem kommerziellen Betrieb. Um weltweit dieselbe elektrische Leistung zu erzeugen wie mit heutigen AKW, müssten zudem viele tausend bis zehntausend SMR-Anlagen gebaut werden.” Beim klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung könnten sie daher keine Lösung darstellen. Auch seien mit der vermeintlich neuen Technik weder das Sicherheits- noch das Abfallproblem vom Tisch.